

Regionalpolitik | Die Forderung des Hotelierpräsidenten, ganze Täler aufzugeben, wird heftig kritisiert

«Viel politischer Zündstoff drin»

Der oberste Schweizer Hotelier will gewisse Bergtäler aufgeben. Keine gute Idee, finden viele. Auch der Walliser Ständerat Beat Rieder.

HEROLD BIELER

Weil die Entwicklung der Bergregionen seit Jahren rückläufig sei, forderte hotellerie-suisse am letzten Montag «mittelfristig einen nationalen Masterplan für den alpinen Raum für die Legislaturperiode 2020–2023, in dem Fördermassnahmen zur Raumplanung, Energiewirtschaft, Landwirtschaft und zum Tourismus in einem Gesamtkontext stehen und kantons- wie auch branchenübergreifend wirken müssen».

Um aktuell die Beherbergungsbranche besonders im alpinen Raum zu stärken, rief hotellerie-suisse die Politik zum Handeln auf. Dazu gehören ein Sondersatz für Beherbergungsleistungen von 3,8 Prozent im Mehrwertsteuergesetz, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, also die Einführung eines mit der EU einvernehmlichen oder notfalls einseitig von der Schweiz einzuführenden Schutzklauselsystems zur In- und Ausserkraftsetzung eines Kontingentierungssystems. Eine Kontingentierung basierend auf den Gegebenheiten in Branchen und Regionen lehnt hotellerie-suisse ab. Besonders wichtig für die vielen saisonalen Betriebe werde zudem sein, dass Grenzgänger und Kurzaufenthalter, die bis zu zwölf Monaten in der Schweiz tätig sind, von der Kontingentierung ausgenommen werden.

Der Verband will auch eine marktgerechte Umsetzung des Zweitwohnungsgesetzes durch die Kantone und Gemeinden, um einen nachhaltigen Strukturwandel nicht zu behindern. Forderungen, die von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurden.

«Keine Brücken in kleinen Dörfern bauen»

Dafür schaffte sich einen Tag vorher hotellerie-suisse-Präsident Andreas Züllig Gehör. Der Bündner Hotelier meinte, dass es für Bergregionen eine Konzentration der Mittel brauche. «Wir können nicht mehr jedes Tal mit dem öffentlichen Verkehr erschliessen, Brücken bauen für 200 Einwohner», sagte er gegenüber der «SonntagsZeitung».

Mit seinen wohl bewusst gemachten Provokationen sorgte Züllig fast überall für Kopfschütteln. Es gab (und gibt immer noch) verbale Prügel von rechts bis links, vom Bündner Volkswirtschaftsdirektor bis hin zum Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. Der Grundtenor war immer der gleiche. Mit solchen Äusserungen sei die Solidarität in der Schweiz gefährdet.

Gestern nun krebste Züllig zwar zurück. Der «Südostschweiz» sagte er, dass er froh sei, «dass sein Interview eine rege Diskussion ausgelöst habe». Es sei ihm aber nicht darum gegangen, «kleine Orte und sogar ganze Täler zu opfern». Das sei fälschlicherweise in einigen Medien gestanden.

Wenn sich Rieder und Bodenmann einig sind

Gesagt ist gesagt. Auch im Wallis hält man von den Forderungen des Bündners wenig. Für den Briger Hotelier Peter Bodenmann ist es ein «Angstschrei aus Graubünden mit falschen Forderungen».

In der Radiosendung «Echo der Zeit» meinte er am vorgestrigen Nationalfeiertag, dass der Ansatz, gewisse Landstriche schneller entvölkern zu lassen, «eine Wahnvorstellung von Politikern ist», die das Gefühl haben, sie könnten diesen Prozess steuern: «Wenn man mit dem Auto über die Pässe fährt und sieht, wie viele Hotels und Restaurants heute geschlossen sind, dann ist das

längst in vollem Gang.» Klare Worte braucht CVPO-Ständerat Beat Rieder, der seit Juni auch die Walliser Tourismuskammer präsidiert. Natürlich sei es richtig, die vorhandenen Mittel gezielter einzusetzen. Mit dem neuen Bergbahngesetz versuche man dies ja im Wallis bereits.

«Es ist jedoch bedauerlich, dass ein Hotelierpräsident und Bergler die Kantone und die Bergregionen gegeneinander ausspielt. Wir haben bereits genug damit zu tun, dass das Verständnis für die Bergregionen in Flachlandkantonen wenigstens so bleibt, wie es heute ist. Solche Aussagen tragen sicher auch nicht zur Einigkeit unter den Gebirgskantonen bei», bemerkt Rieder.

«Das ist Blödsinn»

Österreich leiste 1,2 Milliarden Franken an internationaler Entwicklungshilfe, die Schweiz 3,3 Milliarden Franken pro Jahr. Gleichzeitig investiere aber Österreich zehnmal mehr in den Tourismus als die Schweiz. Wenn zuerst Entwicklungshilfe, Armee, Landwirtschaft und Asylwesen kämen und erst in zweiter Priorität der Tourismus, dann sei das eine bedauerliche Entwicklung. Der Hotelierpräsident stütze dies noch: «Er will ja in gewissen Dörfern keine Strassen und Brücken mehr bauen. Das ist Blödsinn. Wenn wir nicht mehr bereit sind, in der Schweiz überall die elementarste Infrastruktur zu erstellen, dann können wir einpacken. Wie erkläre ich dann die-

sen Leuten, dass die Schweiz dies im Ausland macht.»

Die Aussagen hätten auch politische Sprengkraft, merkt Rieder an. Wenn man Zülligs Voten in Bern, Zürich oder Basel aufnehme, könne das sehr wohl dazu führen, dass man etwa bei der Regionalpolitik weiter Gelder streiche und auch den Finanzausgleich infrage stelle: «Das gefährdet die innerschweizerische Solidarität. Da ist viel politischer Zündstoff drin.»

«Wir brauchen Geld, keine Ideen»

Züllig habe von einem Marshall-Plan gesprochen. Der habe die Amerikaner für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg viel Geld gekostet. «Wir wollen mehr Geld, nicht immer neue Pläne und Ideen.

Davon gibt es genug, beim Bund und bei den Kantonen. Wenn wir dem Tourismus helfen wollen, braucht es Investitionen.»

Da sei er sogar mit Bodenmann einverstanden, der wolle, dass die Nationalbank in die Bergbahnen investiere: «Viele realisieren immer noch nicht, was in anderen Regionen von Europa abgeht. Der Rückstand der Schweiz wird im Tourismus jedes Jahr grösser. Es braucht Mut, auch in das eigene Land zu investieren.»

Es gebe aber noch andere Aspekte wie etwa die Sicherheit, die Umwelt: «Was würde das für Konsequenzen haben, wenn man gewisse Bergtäler der Natur überlassen würde? Denken wir an Naturkatastrophen. Der Nutzen der kleinen Dörfer und Täler wird unterschätzt.»



Provokativ. Soll in die Infrastruktur in kleinen Dörfern (Bild: Binn) nicht mehr investiert werden? Eine Aussage mit viel politischer Sprengkraft.

FOTO WB

Landwirtschaft | Coop bringt 100 Tonnen wettergeschädigte Aprikosen in die Läden

Aprikosen mit Schönheitsfehler

WALLIS | Dieses Jahr haben zahlreiche Walliser Aprikosen Flecken. Grund dafür ist der Frost. Coop übernimmt nun 100 Tonnen dieser Walliser Aprikosen und bringt sie unter dem Label «Unique» in die Läden.

Gemäss Christian Studer, Unterwalliser Aprikosenproduzent, sanken im April die Temperaturen während dreier Nächte unter 5° Grad. Die Aprikosen hätten sehr sensibel reagiert. Nicht alle Produzenten hatten die Mittel, um die Aprikosen vor Frost zu schützen. Produzenten, welche den Aprikosen keinen Schutz boten, können dieses Jahr keine Aprikosen zum Verkauf liefern. Grössere Produzenten konnten die Aprikosen zwar einigermaßen schützen, jedoch liessen sich Flecken und Missbildungen nicht verhindern. Solche Aprikosen sind optisch nicht schön genug. Deshalb können sie nicht zum normalen Preis verkauft werden. «Trotz Flecken haben die Aprikosen nicht an Geschmack verloren», so Andrea Bergmann, Mediensprecherin Coop.

Geschmacklich einwandfrei

«Es werden alle Produzenten unterstützt, die ihre Aprikosen unter «SwissGarantie» und «Swissgap» zertifiziert haben», so Bergmann.

Coop kauft die gefleckten Aprikosen zu einem günstigeren Preis als die regulären Aprikosen ein. Dafür können die Konsumenten ebenfalls von einem günstigeren Preis profitieren. «Es sind die gleichen Sorten, die Coop sonst im Sortiment hat. Denn all diese Sorten sind vom Frost betroffen», erklärt Bergmann. Die missglückten Aprikosen können für Konfitüre und Kuchen verwendet werden.

Es ist nach 2013 bereits das zweite Mal, dass Coop eine derartige Aktion durchführt. Damals war rund ein Viertel der Walliser Aprikosen von Hagelschäden betroffen. Die «Unique»-Aprikosen sind diese Woche regional und nächste Woche in den Regionen Nordwestschweiz, Zürich und der Zentralschweiz in den Läden erhältlich. **las**

«UNIQUE»

Mit dem Label «Unique» fördert Coop den Absatz von normabweichenden Früchten und Gemüse. Diese blieben wegen Handelsvorgaben und optischen Ansprüchen den Kunden verschlossen. Unter dem Namen «Unique» unternimmt Coop die nötigen Massnahmen, damit diese Früchte und Gemüse ihren eigenen Platz in den Supermärkten erhalten.



Schönheitsfehler. Da die Aprikosen unter Frost litten, sind sie nun gefleckt.

FOTO ZVG